

# NIEDERSCHRIFT

Gremium	Stadtverordnetenversammlung
Sitzungsnummer	StvV/014/11-16
Sitzungsdatum	Donnerstag, den 14.02.2013
Sitzungsbeginn	18:15 Uhr
Sitzungsende	21:30 Uhr
Ort	Plenarsaal, Raum 110, Europaplatz, 61169 Friedberg (Hessen)

## Teilnehmerliste

### CDU-Fraktion

Herr Olaf Beisel	entschuldigt
Frau Rosa Maria Bey	
Frau Claudia Eisenhardt	bis Top 8
Herr Bernd Fleck	
Herr Hendrik Hollender	
Herr Volker Muras	
Herr Dieter Olthoff	
Frau Martina Pfannmüller	entschuldigt
Frau Rebecca Riesener	
Herr Jürgen Scharfe	
Herr Norbert Simmer	entschuldigt
Herr Patrick Stoll	
Herr Reiner Veith	
Herr Günther Winfried Weil	
Frau Sybille Wodarz-Frank	

### SPD-Fraktion

Herr Mark Bansemer	
Herr Karl Wilhelm Fölsing	
Frau Marion Götz	
Herr Ulrich Hausner	
Herr Wilhelm Hensgens	entschuldigt
Herr Michael Klaus	ab Top 1
Herr Dr. Klaus-Dieter Rack	
Frau Elisa Scaramuzza	
Herr Benjamin Ster	
Herr Julian Stey	entschuldigt
Frau Andrea Ulrich-Hein	
Frau Andrea Wagner	
Herr Erich Wagner	
Herr Theo Wendel	
XXXXXXXXX	

#### Fraktion Bündnis90/Die Grünen

---

Herr Carl Cellarius  
Frau Julia Cellarius  
Herr Johannes Contag  
Herr Ralf Martin  
Frau Beate Neuwirth  
Herr Peter Schmidt  
Herr Bernd Stiller  
Herr Mehmet Turan  
Herr Florian Uebelacker

#### FDP-Fraktion

---

Frau Dr. Regina Bechstein-Walther  
Herr Achim Güssgen-Ackva ab Top 9

#### UWG-Fraktion

---

Herr Winfried Ertl  
Herr Alfons Janke entschuldigt  
Herr Bernd Messerschmidt

#### Die Linke. (ohne Fraktionsstatus)

---

Herr Sven Weiberg ab Top 1

#### Schriefführerin

---

Frau Madeline Cacalano

#### Mitglieder des Magistrates

---

Herr Bürgermeister Michael Keller entschuldigt  
Herr Erster Stadtrat Peter Ziebarth  
Herr Stadtrat Dirk Antkowiak  
Herr Stadtrat Markus Alexander Fenske entschuldigt  
Frau Stadträtin Gesine Haake  
Herr Stadtrat Reinhard Henrich Huth  
Frau Stadträtin Ruth Mühlenbeck  
Herr Stadtrat Dr. Olaf Osten  
Frau Stadträtin Petra Rauch-Weitzel entschuldigt  
Herr Stadtrat Herbert Wellenberg

#### Verwaltung

---

Herr Sebastian Dein

Stadtverordnetenvorsteher Hollender eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung fest. Die Ladung zur Sitzung erfolgte fristgemäß. Einwände gegen die Tagesordnung ergehen nicht.

Stadtverordnetenvorsteher Hollender gratuliert ganz herzlich allen Stadtverordneten und Magistratsmitgliedern, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten. Er überreicht denjenigen, die noch in 2012 Geburtstag hatten, einen Friedberg-Becher.

## Tagesordnung:

TOP	DS-Nr.	Titel
1		Verleihung des Ehrenbriefes des Landes Hessen
2		Berichte und Mitteilungen
3	11-16/0508	Anfrage der CDU-Fraktion vom 25. Januar 2012; Veranstaltungsbroschüre "Highlights 2013"
4	11-16/0509	Anfrage des Stadtverordneten Weiberg vom 26. Januar 2013; Förderung Wohneigentum
5	11-16/0512	Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Friedberg vom 30. Januar 2013; Städtische Flächen für Innenstadtentwicklung
6	11-16/0513	Antrag des Stadtverordneten Weiberg vom 26. Januar 2013; Antrag 1 (Beschlussantrag) - Steuerpolitik
7	11-16/0513-1	Antrag des Stadtverordneten Weiberg vom 26. Januar 2013; Antrag 2 (Resolution) - Steuerpolitik
8	11-16/0519	Antrag der SPD-Fraktion vom 04. Februar 2013; Gegen die Pivatisierung der kommunalen Wasserversorgung
9	11-16/0520	Antrag des Stadtverordneten Weiberg vom 05. Februar 2013; Housing Area
10	11-16/0521	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06. Februar 2013; Verbesserung der Radwegeverbindung zwischen Ortsteilen und zu Nachbargemeinden
11	11-16/0522	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06. Februar 2013; Interkommunale Zusammenarbeit, Abstimmung und Beantragung von Fördergeldern für das Projekt Windpark Winterstein
12	11-16/0523	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06. Februar 2013; CO2 Reduktion und Kostenreduktion durch erhöhte Energieeffizienz der Straßenbeleuchtung
13	11-16/0524	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Friedberg vom 06. Februar 2013; Steigerung der Energiebilanz städtischer Gebäude
14	11-16/0525	Antrag der UWG-Fraktion vom 06. Februar 2013; Prüfantrag Einführung "Grüner Pfeil" im Stadtgebiet
15	11-16/0526	Antrag der UWG-Fraktion vom 06. Februar 2013; Verbesserung der Ampelphasen auf der B 3 durch Hessenmobil
16	11-16/0451	Antrag des Stadtverordneten Weiberg vom 22. Oktober 2012; Fairer Einkauf
		Teil A
17	11-16/0493	1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 36 "Südlich des Kuhweidweges" in Friedberg - Dorheim hier: A) Behandlung der Äußerungen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB und der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (2) BauGB B) Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB Bezug: Stadtverordnetenbeschluss vom 30. Oktober 2012
18	11-16/0494	Bebauungsplan Nr. 83 "Nördlich des Rabenweges" in Friedberg - Ossenheim hier: 1. Behandlung der Anregungen aus der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB 2. Satzungsbeschluss gemäß § 10 (1) BauGB Bezug: Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 30.10.2012
19	11-16/0496	Bebauungsplan Nr. 84 "Kita Ossenheim" in Friedberg - Ossenheim hier: 1. Behandlung der Anregungen aus der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB 2. Satzungsbeschluss gemäß § 10 (1) BauGB Bezug: Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 30.10.2012

20	11-16/0498	Bebauungsplan Nr. 3 "Östlicher Ortsrand", 3. Änderung in Friedberg - Bauernheim hier: Beschluss zur 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 3 "Östlicher Ortsrand" in Friedberg - Bauernheim
21	11-16/0505	Vorschlag für die Prüfung der Jahresabschlüsse 2012, 2013 und 2014 der Stadtwerke Friedberg (Hessen) Teil B
22	11-16/0476	Lieferung und Montage einer Brandmeldeanlage als Sofortmaßnahme zum vorläufigen Weiterbetriebs des Wetterau-Museums
23		Mündliche Anfragen

#### Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen  
Ja 36 Nein 0 Enthaltung 0

TOP	DS-Nr.	Titel
-----	--------	-------

### **1. Verleihung des Ehrenbriefes des Landes Hessen**

Der Ehrenbrief ist eine Auszeichnung des Hessischen Ministerpräsidenten. Eine Auszeichnung mit dem Ehrenbrief des Landes Hessen setzt eine mindestens 12jährige ehrenamtliche Tätigkeit in der kommunalen Selbstverwaltung oder in kommunalen Einrichtungen, in Vereinen mit kulturellen und sozialen Zielen oder in vergleichbarer Weise voraus.

Der Hessische Ministerpräsident hat an folgende Personen den Ehrenbrief des Landes Hessen verliehen:

- Frau Marion Götz
- Herrn Volker Muras
- Herrn Patrick Stoll
- Herrn Florian Uebelacker
- Frau Sybille Wodarz-Frank

Erster Stadtrat Ziebarth würdigt die ehrenamtliche Arbeit der o. G. und überreicht die Urkunden und Anstecknadeln.

### **2. Berichte und Mitteilungen**

Es liegen keine Berichte und Mitteilungen vor.

### **3. 11-16/0508 Anfrage der CDU-Fraktion vom 25. Januar 2012; Veranstaltungsbroschüre "Highlights 2013"**

#### Anfragetext:

In der Veranstaltungsbroschüre „Highlights 2013 - Frankfurt Rhein-Main - Veranstaltungskalender“, herausgegeben vom Arbeitskreis Tourismus Frankfurt Rhein Main ([www.frankfurt-rhein-main.de](http://www.frankfurt-rhein-main.de)) taucht Friedberg mit keiner Veranstaltung, keinem Termin auf. Dagegen ist Bad Nauheim mit zahlreichen Veranstaltungen und Terminen vertreten.

Warum ist Friedberg in diesem Veranstaltungskalender nicht vertreten?

Erster Stadtrat Ziebarth beantwortet die Anfrage in Vertretung für Bürgermeister Keller wie folgt:

Die Veranstaltungsbroschüre ist im Kulturservice nicht bekannt. Es gibt auch keine Anfrage nach Veranstaltungsterminen aus Friedberg. Der Kulturservice wird sich mit dem Arbeitskreis Tourismus Rhein Main in Verbindung setzen.

Der verantwortliche Arbeitskreis Tourismus/Regionalkonferenz c/o Tourismus-Congress GmbH Frankfurt am Main fragt im Oktober jeden Jahres in einer nicht personalisierten Mail an die Stadtverwaltung die Termine für das kommende Jahr ab. Zu diesem frühen Zeitpunkt stehen aber in der Regel mit Ausnahme des Herbstmarktes noch keine Termine für Friedberg fest. Soweit also im Oktober 2013 Termine für 2014 abgeklärt sind, werden sie zukünftig gemeldet und erscheinen dann auch in der von der CDU genannten Veranstaltungsbroschüre.

**4. 11-16/0509 Anfrage des Stadtverordneten Weiberg vom 26. Januar 2013; Förderung Wohneigentum**

**Anfragetext:**

Gemäß den Vergaberichtlinien des Magistrats zum Verkauf von Baugrundstücken verkauft die Stadt Grundstücke in Baugebieten einkommensabhängig unterhalb des Bodenrichtwertes.

Ich bitte den Magistrat diesbezüglich um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Mit welchen Summen wurde der Erwerb von Baugrundstücken in Bezug auf den Bodenrichtwert seit dem Jahr 2000 gefördert. Also konkret: wie groß ist die Differenz zwischen dem Bodenrichtwert und dem erzielten Verkaufspreis bei allen Grundstücken die seit dem Jahr 01.01.2000 gemäß den Vergaberichtlinien verkauft wurden. Ich bitte um eine Aufstellung aufgeschlüsselt nach Baugebieten bzw. (sofern dies nicht zumutbar ist) mindestens nach Ortsteilen.
2. Mit welchen Summen hat die Stadt Friedberg seit dem Jahr 01.01.2000 direkt oder indirekt die Errichtung von Sozialwohnungen gefördert. Ich bitte um eine Aufstellung aller diesbezüglichen Projekte, auch wenn konkrete Förderungssummen nicht ermittelt werden können.

Erster Stadtrat Ziebarth beantwortet die Anfrage in Vertretung für Bürgermeister Keller wie folgt:

**Zu 1.**

Baugebiet	Kaufpreis nach Vergaberichtlinien	Richtwert
„Auf dem See“- Kernstadt	395,--DM/m <sup>2</sup>	550,--DM/m <sup>2</sup>
„Am Heidenstockweg“- Bruchenbrücken	/	230,--EUR/m <sup>2</sup>
„Südlich des Riedwegs“-Kernstadt	245,--EUR/m <sup>2</sup>	320,--EUR/m <sup>2</sup>
„Hinter Fauerbach“-Kernstadt	190,--EUR/m <sup>2</sup>	250,--EUR/m <sup>2</sup>

**Zu 2.** Erster Stadtrat Ziebarth verweist auf folgende Tabelle:

Aufstellung geförderter Sozialwohnungen der Stadt Friedberg (Hessen) ab 01.01.2000

Stand: 05.02.2013

Wohndarlehensan		Projekt WE = Wohneinheiten	Vertrag vom	Förderbetrag pro Wohneinheit	Gesamt-förderung
1.	Friedberger Wohnungsbau GmbH	Wetterastr. 46 Dorheim	07.03.2001	20.451,67 €	122.710,02 €
	II.BA	6 WE			
2.	Friedberger Wohnungsbau GmbH	Wetterastr. 46 Dorheim	26.06.2002	20.451,67 €	122.710,02 €
	III.BA	6 WE			
3.	Friedberger Wohnungsbau	Hospitalgasse 27 Friedberg	21.01.2003	20.451,67 €	368.130,06 €

	GmbH				
	Betreutes Wohnen	18 WE			

4.	Friedberger Wohnungsbau GmbH	Am alten Jugend- zentrum	09.12.2004	20.450,00 €	756.650,00 €
	Betreutes Wohnen	37 WE			
5.	Lebenshilfe e.V. Wetterau	Hauptstr. 25-27 Friedberg			
	Friedberg	6 behindertengerechte WE	26.06.2002	-	102.258,38 €
		2 behindertengerechte WE	06.03.2003	10.000,00 €	20.000,00 €
6.	Lebenshilfe e.V. Wetterau	Hauptstr. 25 Friedberg			
	Friedberg	2 behindertengerechte WE	02.04.2008	10.000,00 €	20.000,00 €
	<b>Gesamtsumme</b>				<b>1.492.458,48 €</b>

**5. 11-16/0512 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Friedberg vom 30. Januar 2013; Städtische Flächen für Innenstadtentwicklung**

**Anfragetext:**

1. Wie viele freie und bebaubare Grundstücke innerhalb des Stadtgebiets und der Stadtteile sind im Besitz der Stadt Friedberg?
2. Wo in der Stadt/Stadtteile befinden sich diese freien und bebaubaren Grundstücke?
3. Welche frei bebaubaren Grundstücke befinden sich im Besitz der Friedberger Wohnungsbau-  
gesellschaft (WoBau)?
4. Wo befinden sich diese Grundstücke der WoBau?

Erster Stadtrat Ziebarth beantwortet die Anfrage in Vertretung für Bürgermeister Keller wie folgt:

**Zu 1.:**

10 Bauplätze

**Zu 2.:**

9 Bauplätze im Baugebiet „Am Heidenstockweg“ im Stadtteil Bruchenbrücken; diese Bauplätze sind derzeit alle reserviert; ein Bauplatz (der letzte städtische) im Baugebiet „Hinter Fauerbach“.

**Zu 3. und zu 4.**

darf nur der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Friedberger Wohnungsbau GmbH (Bürgermeister Keller) Auskunft geben. Die Antwort soll in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, am 21.03.2013 erfolgen.

**6. 11-16/0513 Antrag des Stadtverordneten Weiberg vom 26. Januar 2013;  
Antrag 1 (Beschlussantrag) - Steuerpolitik**

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Friedberg tritt dem Bündnis „Vermögenssteuer jetzt“ ([www.vermoegenssteuerjetzt.de](http://www.vermoegenssteuerjetzt.de)) bei. Der Beitritt soll öffentlichkeitswirksam vollzogen werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich beschlossen  
Ja 23 Nein 15 Enthaltung 0

**7. 11-16/0513-1 Antrag des Stadtverordneten Weiberg vom 26. Januar 2013;  
Antrag 2 (Resolution) - Steuerpolitik**

**Antragstext/Resolution:**

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Friedberg spricht sich eindringlich für die Einführung einer Vermögensbesteuerung aus. Die damit zusätzlich erzielten Einnahmen der öffentlichen Haushalte sollen dabei zu einem Großteil den Kommunen zugutekommen.
2. Der Bürgermeister und der Magistrat werden aufgefordert sich gegenüber der Landes- und Bundesregierung aktiv für die Einführung einer Vermögenssteuer einzusetzen.
3. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Friedberg spricht sich eindringlich für die Erhöhung des Höchstsatzes der Einkommensteuer aus. Die so erzielten Mehreinnahmen stärken aufgrund der Einkommenssteuerumlage auch die Kommunen.
4. Der Bürgermeister und der Magistrat werden aufgefordert sich gegenüber der Landes- und Bundesregierung aktiv für eine Erhöhung des Einkommenssteuerhöchstsatzes einzusetzen.
5. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Friedberg spricht sich eindringlich für die Erhöhung der Kapitalertragssteuer aus. Die damit zusätzlich erzielten Einnahmen der öffentlichen Haushalte sollen dabei zu einem Großteil den Kommunen zugutekommen.
6. Der Bürgermeister und der Magistrat werden aufgefordert sich gegenüber der Landes- und Bundesregierung aktiv für eine Erhöhung der Kapitalertragssteuer einzusetzen.

Stadtverordneter Klaus beantragt, über die einzelnen Punkte getrennt abzustimmen.

**Beschluss/Resolution:**

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Friedberg spricht sich eindringlich für die Einführung einer Vermögensbesteuerung aus. Die damit zusätzlich erzielten Einnahmen der öffentlichen Haushalte sollen dabei zu einem Großteil den Kommunen zugutekommen.

**Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich beschlossen  
Ja 23 Nein 15 Enthaltung 0

2. Der Bürgermeister und der Magistrat werden aufgefordert sich gegenüber der Landes- und Bundesregierung aktiv für die Einführung einer Vermögenssteuer einzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

**Mehrheitlich abgelehnt**

Ja 1 Nein 37 Enthaltung 0

3. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Friedberg spricht sich eindringlich für die Erhöhung des Höchstsatzes der Einkommensteuer aus. Die so erzielten Mehreinnahmen stärken aufgrund der Einkommenssteuerumlage auch die Kommunen.

Abstimmungsergebnis:

**Mehrheitlich abgelehnt**

Ja 10 Nein 28 Enthaltung 0

4. Der Bürgermeister und der Magistrat werden aufgefordert sich gegenüber der Landes- und Bundesregierung aktiv für eine Erhöhung des Einkommenssteuerhöchstsatzes einzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

**Mehrheitlich abgelehnt**

Ja 1 Nein 37 Enthaltung 0

5. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Friedberg spricht sich eindringlich für die Erhöhung der Kapitalertragssteuer aus. Die damit zusätzlich erzielten Einnahmen der öffentlichen Haushalte sollen dabei zu einem Großteil den Kommunen zugutekommen.

Abstimmungsergebnis:

**Mehrheitlich abgelehnt**

Ja 10 Nein 28 Enthaltung 0

6. Der Bürgermeister und der Magistrat werden aufgefordert sich gegenüber der Landes- und Bundesregierung aktiv für eine Erhöhung der Kapitalertragssteuer einzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

**Mehrheitlich abgelehnt**

Ja 1 Nein 37 Enthaltung 0

<b>8.</b>	<b>11-16/0519</b>	<b>Antrag der SPD-Fraktion vom 04. Februar 2013; Gegen die Pivatisierung der kommunalen Wasserversorgung</b>
-----------	-------------------	--

**Beschluss:**

Die Stadt Friedberg lehnt die Initiative der EU-Kommission, Dienstleistungskonzessionen für die Wasserversorgung künftig der Ausschreibungspflicht zu unterwerfen, entschieden ab. Der Magistrat wird beauftragt, im Namen der Stadt auf allen zur Verfügung stehenden geeigneten Wegen gegen die drohende Liberalisierung der Wasserversorgung einzutreten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

Ja 36 Nein 2 Enthaltung 0

**9. 11-16/0520 Antrag des Stadtverordneten Weiberg vom 05. Februar 2013;  
Housing Area**

**Antragstext:**

Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Friedberger Wohnungsbaugesellschaft mbH und den Magistrat dazu auf, die Entwicklung der mit Bürgerschaft der Stadt Friedberg erworbenen Grundstücke in der ehemaligen Housing Area im Sinne einer sozialen und nachhaltigen Stadtentwicklung eigenständig zu entwickeln.

Konkret fordern wir folgende Entwicklungen im Sinne der Stadt Friedberg zu betreiben:

- Entwicklung von Wohnraum für Studierende auf einer Fläche von mindestens 5000 qm. Dazu zählt ein Mix aus Ein-Zimmer Apartments und WG-geeigneten Mehrraumwohnungen. diese sollen ausschließlich Studierenden der THM angeboten werden. Hierzu ist die Kooperation mit dem Studierendenwerk zu suchen.

- Entwicklung von Wohnraum (2 bis 5 Zimmer Wohnungen) für einkommensschwache Haushalte auf einer Fläche von mindestens 5000qm. Für die Vergabe des Wohnraums sind entsprechende Sozialkriterien zu bestimmen. Hierzu sind nach Möglichkeit entsprechende Förderprogramme zu nutzen.

Des Weiteren fordern wir die WBG und den Magistrat dazu auf, auf dem Rest der Fläche die Entwicklung eines Niedrig- bzw. Nullenergieviertels voranzutreiben. Hierzu ist eine umfassende Erschließung mit dem Ziel eines Einzelverkaufs der Grundstücke voranzutreiben. Richtlinien zum nachhaltigen Bauen sind in Zusammenarbeit mit dem Stadtbauamt zu entwickeln und sollen Ausdruck in einem verbindlichen Bebauungsplan finden.

Stadtverordneter Stoll stellt den **Antrag auf Verweisung** in den Ausschuss für Bauwesen, Planung, Umwelt und Konversion und in den Haupt- und Finanzausschuss. Da keine Gegenrede erfolgt, ist der Antrag in den **Ausschuss für Bauwesen, Planung, Umwelt und Konversion** und in den **Haupt- und Finanzausschuss** verwiesen.

**10. 11-16/0521 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06. Februar 2013;  
Verbesserung der Radwegeverbindung zwischen Ortsteilen und zu  
Nachbargemeinden**

**Antragstext:**

Der Magistrat wird beauftragt:

- Die Planung des Usa-Radweges (Bruchenbrücken bis Bad Nauheim) im Rahmen der Regionalparkroute
- Radwege, die noch im Zuge der Umgehungsstraße Dorheim geplant und gebaut werden sollen, darzustellen.
- Die Beschilderung der Radwege zu überprüfen und gegebenenfalls zu ergänzen
- die Radwegeverbindungen der Priorität 1 anhand beigefügter Prioritätenliste zu benennen, die beginnend mit dem laufenden Jahr erstellt bzw. ausgebaut werden können.
- Mit dem Wetteraukreis, dem ASV, dem Regionalverband und den Nachbargemeinden Abstimmungen bzgl der Radwegeverbindung im Rahmen des überörtlichen Radwegeplans aufzunehmen und Baumaßnahmen von Fahrradwegen abzustimmen. Der Ausbau eine Fahrradschnellwegs nach Frankfurt ist zu konzipieren.

- Fördermitteln des Landes und Bundes bzw. Investoren (z.B. Regionalpark Ballungsraum RheinMain) zu prüfen und zu beantragen.
- Einfluss auf den Bundesverkehrswegeplan 2015 auszuüben, dass die Radwege an Bundesstraßen in Friedberg, insbesondere die Verbindung Friedberg-Rosbach aufgenommen und hoch priorisiert werden.
- Die Schulen aufzufordern, einen Schulwegeplan mit Berücksichtigung der Fahrradwege zu erstellen und der Stadt sowie der Stadtparlament zur Konsolidierung vorzulegen.

Stadtverordneter Stiller stellt den **Antrag auf Verweisung** in den Ausschuss für Energie, Wirtschaft und Verkehr. Da keine Gegenrede erfolgt, ist der Antrag in den **Ausschuss für Energie, Wirtschaft und Verkehr** verwiesen.

11.	11-16/0522	<b>Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06. Februar 2013; Interkommunale Zusammenarbeit, Abstimmung und Beantragung von Fördergeldern für das Projekt Windpark Winterstein</b>
-----	------------	---

Antragstext:

1. Der Magistrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden Rosbach v.d.H., Obermörlen und Wehrheim Fördergelder „interkommunale Zusammenarbeit“ des Landes Hessen zu beantragen, um einen gemeinsamen „Windpark Winterstein“ in interkommunaler Zusammenarbeit voranzubringen.
2. Der Magistrat wird beauftragt im Ausschuss „Energie, Wirtschaft und Verkehr“ regelmäßig über den Sachstand zu (1) „Windpark Winterstein“ zu berichten.

Stadtverordnetenvorsteher Hollender lässt getrennt über die Punkte 1. und 2. abstimmen.

**Beschluss:**

1. Der Magistrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden Rosbach v.d.H., Obermörlen und Wehrheim Fördergelder „interkommunale Zusammenarbeit“ des Landes Hessen zu beantragen, um einen gemeinsamen „Windpark Winterstein“ in interkommunaler Zusammenarbeit voranzubringen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen  
Ja 35 Nein 3 Enthaltung 0

2. Der Magistrat wird beauftragt im Ausschuss „Energie, Wirtschaft und Verkehr“ regelmäßig über den Sachstand zu (1) „Windpark Winterstein“ zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen  
Ja 38 Nein 0 Enthaltung 0

12.	11-16/0523	<b>Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06. Februar 2013; CO2 Reduktion und Kostenreduktion durch erhöhte Energieeffizienz der Straßenbeleuchtung</b>
-----	------------	--

Stadtverordnetenvorsteher Hollender verweist auf § 25 HGO -Widerstreit der Interessen-.

Stadtverordnete Bey nimmt an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

**Beschluss:**

Der Magistrat wird beauftragt, einen Bericht über die aktuellen Bemühungen zur Reduzierung des Strombedarfs und langfristig der anfallenden Stromkosten der Straßenbeleuchtung zu erstellen, ein Zeitplan zur Erneuerung der Straßenbeleuchtung sowie die daraus resultierende CO2 Ersparnis zu präsentieren.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen  
Ja 37 Nein 0 Enthaltung 0

13.	11-16/0524	<b>Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Friedberg vom 06. Februar 2013; Steigerung der Energiebilanz städtischer Gebäude</b>
-----	------------	---

**Antragstext:**

Der Magistrat wird beauftragt eine Prioritätenliste vorzulegen, welche städtischen Gebäude vorrangig bezüglich ihrer Energieeffizienz zu erneuern sind und welche Potentiale für Energiegewinnung eröffnet werden können.

In Abänderung fasst die Stadtverordnetenversammlung folgenden

**Beschluss:**

Der Magistrat wird beauftragt eine Prioritätenliste vorzulegen, welche städtischen Gebäude **inklusive der Bürgerhäuser** vorrangig bezüglich ihrer Energieeffizienz zu erneuern sind und welche Potentiale für Energiegewinnung eröffnet werden können.

**Hierzu soll bis 19. Juni 2013 ein Bericht im Ausschuss für Energie, Wirtschaft und Verkehr gegeben werden.**

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig in Abänderung beschlossen**  
Ja 38 Nein 0 Enthaltung 0

14.	11-16/0525	<b>Antrag der UWG-Fraktion vom 06. Februar 2013; Prüfantrag Einführung "Grüner Pfeil" im Stadtgebiet</b>
-----	------------	--

**Antragstext:**

Der Magistrat wird beauftragt zu untersuchen, an welchen Einmündungen auf innerstädtischen Straßen die Einführung des Verkehrszeichens „Grüner Pfeil“ sinnvoll dargestellt werden kann.

Vorschläge sollten bis zur letzten Sitzung des Stadtparlaments vor der Sommerpause vorliegen.

Stadtverordneter Güssgen-Ackva stellt den **Antrag auf Verweisung in den Ausschuss für Energie, Wirtschaft und Verkehr.**

**Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich beschlossen  
Ja 28 Nein 10 Enthaltung 0

**15. 11-16/0526 Antrag der UWG-Fraktion vom 06. Februar 2013;  
Verbesserung der Ampelphasen auf der B 3 durch Hessenmobil**

**Antragstext:**

Der Magistrat wird beauftragt, eine Verbesserung der vorgeblich „intelligenten“ Ampelschaltungen an Friedberger Zufahrten mit „Hessenmobil“ zu erreichen. Außerdem sollte die bauliche Maßnahme einer Verbreiterung der Einfahrt zur Kreisstraße von der B 3 kommend zum verbesserten Verkehrsfluss besonders zu Stoßzeiten angeregt werden.

Vorschläge sollten bis zur letzten Sitzung des Stadtparlaments vor der Sommerpause vorliegen.

Stadtverordneter Messerschmidt **zieht o. g. Antrag zurück.**

**16. 11-16/0451 Antrag des Stadtverordneten Weiberg vom 22. Oktober 2012;  
Fairer Einkauf**

Die Stadtverordnetenversammlung schließt sich der Beschlussfassung des Haupt- und Finanzausschusses an und fasst folgenden

**Beschluss:**

Die Stadt Friedberg bemüht sich in Ihrer Rolle als Einkäufer und Auftraggeber um die Einhaltung sozialer und ökologischer Mindeststandards. Damit übernimmt sie Verantwortung für eine faire Globalisierung und kommt ihrer Vorbildfunktion als öffentlicher Träger nach.

Der Magistrat berichtet der Stadtverordnetenversammlung jährlich zu dem Thema. Dabei wird aufgeführt welche Kriterien in Ausschreibungen aufgenommen wurden und welche Maßnahmen zur Überprüfung der Einhaltung vorgenommen wurden.

**Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich beschlossen  
Ja 23 Nein 15 Enthaltung 0

**Teil A**

**17. 11-16/0493 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 36 "Südlich des Kuhweidweges" in Friedberg - Dorheim  
hier: A) Behandlung der Äußerungen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB und der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (2) BauGB  
B) Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB  
Bezug: Stadtverordnetenbeschluss vom 30. Oktober 2012**

Stadtverordnetenvorsteher Hollender verweist auf § 25 HGO -Widerstreit der Interessen-.

Es nehmen alle Stadtverordneten an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

### **Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB**

Der vorliegende 1. Änderungsentwurf des Bebauungsplanes Nr. 36 „Südlich des Kuhweidweges“ in Friedberg – Dorheim wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen. Der Bebauungsplan erhält die Bezeichnung „1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 36 Südlich des Kuhweidweges“ in Friedberg – Dorheim. Die dazugehörige Begründung wird ebenfalls beschlossen.

#### Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen  
Ja 38 Nein 0 Enthaltung 0

<b>18.</b>	<b>11-16/0494</b>	<b>Bebauungsplan Nr. 83 "Nördlich des Rabenweges" in Friedberg - Ossenheim hier: 1. Behandlung der Anregungen aus der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB 2. Satzungsbeschluss gemäß § 10 (1) BauGB Bezug: Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 30.10.2012</b>
------------	-------------------	--

Stadtverordnetenvorsteher Hollender verweist auf § 25 HGO -Widerstreit der Interessen-.

Es nehmen alle Stadtverordneten an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

#### **Behandlung der Anregungen aus der öffentlichen Auslegung**

(Anmerkung: In der Anlage 1 der Vorlage sind die eingegangenen Stellungnahmen jeweils dem Beschlussvorschlag gegenübergestellt.)

#### **Stellungnahme des Wetteraukreis vom 12.12.12**

##### **Beschlussvorschlag zu 1):**

Der Hinweis wird berücksichtigt, indem die Vermeidungsmaßnahme zum Artenschutz im Bebauungsplan ergänzt wird.

##### Anmerkung zu 2):

Der Ausgleich des Biotopwertdefizits erfolgt durch den Grundstückseigentümer über das Ökokonto der OVAG, Ökokontomaßnahme "Hof Graß".

Hierzu hat der Grundstückseigentümer mit der OVAG einen privatrechtlichen Vertrag abgeschlossen.

##### **Beschlussvorschlag zu 3):**

Der Hinweis wird berücksichtigt, indem in der Begründung unter Punkt 5.1-Städtebauliche Konzeption, der Absatz zur Erschließung der Bebauung weiter konkretisiert wird.

##### Anmerkung:

Die Festsetzung eines Geh-, Fahr, und Leitungsrechtes im Bebauungsplan ist nicht erforderlich. Der Bereich hinter der Nieder-Wöllstädter-Straße 3 gehört zu dem Baugrundstück Nieder-Wöllstädter-Straße 5 und ist somit über den vorderen Grundstücksteil erschlossen. Sollte hier in Zukunft eine Grundstücksteilung erfolgen, kann die Erschließung des hinterliegenden Grundstücks durch die Eintragung einer Baulast oder einer Grunddienstbarkeit gesichert werden. Die Festsetzung der Baugrenzen für diesen Bereich erfolgt analog dem derzeit geltenden Planungsrecht (Bebauungsplan Nr. 1 „Nieder-Wöllstädter-Straße“).

##### Anmerkung zu 4):

Keine Aufnahme in den Bebauungsplan, da sich im Geltungsbereich keine öffentlichen Verkehrsflächen befinden.

## Stellungnahme des Regierungspräsidiums Darmstadt vom 11.12.12

### **Beschlussvorschlag zu 1):**

Die Anregung wird berücksichtigt, indem in der Begründung, Pkt. 2.5 und im Bebauungsplan ein entsprechender Hinweis ergänzt wird.

### **Beschlussvorschlag zu 2):**

Die Hinweise werden berücksichtigt, indem der Text entsprechend berichtigt und aktualisiert wird.

### Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen  
Ja 38 Nein 0 Enthaltung 0

## Satzungsbeschluss gem. § 10 (1) BauGB

1. Der vorliegende Bebauungsplanentwurf Nr. 83 „Nördlich des Rabenwegs“ in Friedberg - Ossenheim wird als Satzung beschlossen.
2. Die landesrechtlichen Vorschriften gem. § 81 HBO als Bestandteil des o. a. Bebauungsplanentwurfes werden ebenfalls beschlossen.
3. Der vorliegende Entwurf der Begründung des Bebauungsplanes Nr. 83 „Nördlich des Rabenwegs“ in Friedberg - Ossenheim wird beschlossen.

### Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen  
Ja 38 Nein 0 Enthaltung 0

<b>19.</b>	<b>11-16/0496</b>	<b>Bebauungsplan Nr. 84 "Kita Ossenheim" in Friedberg - Ossenheim hier: 1. Behandlung der Anregungen aus der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB 2. Satzungsbeschluss gemäß § 10 (1) BauGB Bezug: Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 30.10.2012</b>
------------	-------------------	---

Stadtverordnetenvorsteher Hollender verweist auf § 25 HGO -Widerstreit der Interessen-.

Es nehmen alle Stadtverordneten an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

### **A) Behandlung der Anregungen aus der öffentlichen Auslegung**

(Anmerkung: In der Anlage 1 der Vorlage sind die eingegangenen Stellungnahmen jeweils dem Beschlussvorschlag gegenübergestellt.)

#### **a) Stellungnahme des Wetteraukreises vom 12.12.2012**

##### **Beschlussvorschlag zu 1.:**

Die Festsetzung zu den Lesesteinhaufen für Eidechsen wird um folgende textliche Festsetzung ergänzt: „Eine gezielte Lenkung der Raumnutzung der Zauneidechsen mit Hilfe von Leiteinrichtungen soll dafür sorgen, dass diese den Raum des Baustellenverkehrs nicht erreichen können. Ist eine Lenkung von Zauneidechsen während der Bauphase nicht möglich, so sind die Zauneidechsen einzufangen und in die neu geschaffenen Habitats umzusiedeln. Gleichzeitig ist sicherzustellen, dass keine Zauneidechsen aus anderen noch nicht besiedelten Bereichen in den Bauraum eindringen können.“

##### **Beschlussvorschlag zu 2.:**

Die Eingriffs-/Ausgleichbilanz der Begründung und die Karte Bestands- und Nutzungsstrukturkartierung wird geändert.

**Beschlussvorschlag zu 3.:**

Ein solcher Hinweis ist nicht erforderlich, da die von baulicher Nutzung überdeckten Flächen im Plangebiet nicht von Hochwasser bedroht sind.

**Beschlussvorschlag zu 4.:**

Ein entsprechender Übersichtsplan wird in die Begründung aufgenommen.

**b) Stellungnahme der Frau Sabine Breunig, Friedberg, vom 09.12.2012 und 13.12.2012**

**Beschlussvorschlag zu 1.:**

Diese Anregung wird zum Teil berücksichtigt; das Baufenster soll ausgehend vom Gespräch mit Frau Breunig auf 15,00 m x 11,00 m erweitert und in Richtung Osten verschoben werden; eine Erweiterung auf 20,00 m erfolgt aber nicht.

**Begründung:**

Die von Frau Breunig erwähnten Vergleichsgebäude sind Hauptgebäude direkt an der Straße; der hier geplante Bauplatz stellt dagegen eine zusätzliche hinterliegende Bebauungsmöglichkeit auf dem Anwesen Rödernstraße 19 dar und wird auch über diese erschlossen.

**Anmerkung:**

Sofern die GRZ im Übrigen eine volle Überbauung des Baufensters zulässt, wäre auf Grundlage einer neuen Festsetzung eine Geschossfläche von ca. 280 m<sup>2</sup> (einschließlich Dachgeschoss) realisierbar.

**Beschlussvorschlag zu 2.:**

Diese Anregung wird nicht berücksichtigt.

**Begründung:**

Eine planungsrechtliche Festsetzung von Wohngebieten als reine Wohngebiete erfolgt nur für besonders schutzbedürftige Standorte, da diese Festsetzung gegenüber der Festsetzung von allgemeinen Wohngebieten erhebliche Einschränkungen für die jeweiligen Nutzungsmöglichkeiten mit sich bringt. Diese Art der Nutzungsfestsetzung wird in Friedberg regelmäßig nicht vorgenommen und an diesem Standort mitten in der Ortslage von Ossenheim ist eine besondere Schutzbedürftigkeit nicht festzustellen.

**c) Stellungnahme des Herrn Heiko Schneider, Friedberg**

**Beschlussvorschlag zu 1.:**

Diese Anregung wird nicht berücksichtigt.

**Begründung:**

Eine planungsrechtliche Festsetzung von Wohngebieten als reine Wohngebiete erfolgt nur für besonders schutzbedürftige Standorte, da diese Festsetzungen gegenüber der Festsetzung von allgemeinen Wohngebieten erhebliche Einschränkungen für die Nutzungsmöglichkeiten mit sich bringt. Diese Art der Nutzungsfestsetzung wird in Friedberg regelmäßig nicht vorgenommen und an diesem Standort mitten in der Ortslage von Ossenheim ist eine besondere Schutzbedürftigkeit nicht festzustellen.

## **Beschlussvorschlag zu 2.:**

Dieser Anregung wird insoweit entsprochen, als das Baufenster etwas nach Osten verschoben wird. Baulinien werden demgegenüber nur bei Vorliegen von sehr gewichtigen städtebaulichen Gründen festgesetzt – diese liegen hier allerdings nicht vor.

### Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen  
Ja 37 Nein 0 Enthaltung 1

## **B) Satzungsbeschluss gemäß § 10 (1) BauGB**

1. Der vorliegende Bebauungsplanentwurf Nr. 84 „Kita Ossenheim“ wird als Satzung beschlossen.
2. Die landesrechtlichen Vorschriften gemäß § 81 HBO als Bestandteil des o. a. Bebauungsplanentwurfs werden ebenfalls beschlossen.
3. Der vorliegende Entwurf der Begründung des Bebauungsplanes Nr. 84 „Kita Ossenheim“ wird beschlossen.

### Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen  
Ja 37 Nein 0 Enthaltung 1

<b>20.</b>	<b>11-16/0498</b>	<b>Bebauungsplan Nr. 3 "Östlicher Ortsrand", 3. Änderung in Friedberg - Bauernheim hier: Beschluss zur 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 3 "Östlicher Ortsrand" in Friedberg - Bauernheim</b>
------------	-------------------	---

Stadtverordnetenvorsteher Hollender verweist auf § 25 HGO -Widerstreit der Interessen-.

Es nehmen alle Stadtverordneten an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

### **Beschluss:**

Der Bebauungsplan Nr. 3 „Östlicher Ortsrand“ in Friedberg-Bauernheim wird für den in der Anlage dargestellten Geltungsbereich (Flur 1, Flurstücke 620/11) gem. § 1 Abs. 8 BauGB im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB geändert. Das Planverfahren erhält die Bezeichnung „Bebauungsplan Nr. 3 Östlicher Ortsrand, 3. Änderung“.

### Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen  
Ja 38 Nein 0 Enthaltung 0

**21. 11-16/0505 Vorschlag für die Prüfung der Jahresabschlüsse 2012, 2013 und 2014 der Stadtwerke Friedberg (Hessen)**

**Beschluss:**

Die Dr. Röhricht – Dr. Schillen Wirtschaftsberatungsgesellschaft oHG, Bielefeld, wird mit der Prüfung der Jahresabschlüsse 2012, 2013 und 2014 der Stadtwerke Friedberg beauftragt.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen  
Ja 38 Nein 0 Enthaltung 0

**Teil B**

**22. 11-16/0476 Lieferung und Montage einer Brandmeldeanlage als Sofortmaßnahme zum vorläufigen Weiterbetriebs des Wetterau-Museums**

**Beschlussentwurf:**

Für die Lieferung und Montage einer Brandmeldeanlage für das Wetterau Museum sind im Finanzhaushalt außerplanmäßige Mittel in Höhe von 55.000,00 € auf der Kostenstelle 4.321000, Sachkonto 0770010, Investitionsnummer 4.0770.01 bereitzustellen. Als Deckungsvorschlag soll folgende Kostenstelle herangezogen werden: Finanzhaushalt 2012, Kostenstelle 4.352100, Sachkonto 0700110, Investitionsnummer 4.0700.01, bereitgestellte Mittel für die Errichtung einer Photovoltaikanlage auf dem Dach des Bibliotheksentrums Klosterbau.

Seitens der SPD-Fraktion ergeht folgender

**Änderungsantrag:**

1. Der Magistrat wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung bis zur Sommerpause 2013
  - Konzeptionelle Alternativen (inhaltliche Konzeption, Standort) zum Betrieb des derzeitigen Wetterau-Museums sowie
  - ein Konzept zur Neuregelung der Eintrittsentgelte vorzulegen.
2. Absatz 1 des ursprünglichen Magistrats-Beschlussvorschlags (DS Nr. 11-16/0476), d.h. der Vorschlag zur Bereitstellung von 55.000,00 Euro für die Lieferung und Montage einer Brandmeldeanlage, wird zur abschließenden Entscheidung in den Haupt- und Finanzausschuss überwiesen.

Der Magistrat wird beauftragt, schnellstmöglich eine allumfassende Prüfung der Deckungsmöglichkeiten im Budget des Wetterau-Museums vorzunehmen und in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses über das Ergebnis der Prüfung zu berichten.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst **in Abänderung** folgenden

**Beschluss:**

1. **Der Magistrat wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung bis zur Sommerpause 2013**
  - **Konzeptionelle Alternativen (inhaltliche Konzeption, Standort) zum Betrieb des derzeitigen Wetterau-Museums sowie**
  - **ein Konzept zur Neuregelung der Eintrittsentgelte vorzulegen.**

**2. Absatz 1 des ursprünglichen Magistrats-Beschlussvorschlags (DS Nr. 11-16/0476), d. h. der Vorschlag zur Bereitstellung von 55.000,00 Euro für die Lieferung und Montage einer Brandmeldeanlage, wird zur abschließenden Entscheidung in den Haupt- und Finanzausschuss überwiesen.**

**Der Magistrat wird beauftragt, schnellstmöglich eine allumfassende Prüfung der Deckungsmöglichkeiten im Budget des Wetterau-Museums vorzunehmen und in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses über das Ergebnis der Prüfung zu berichten.**

Abstimmungsergebnis:

**Einstimmig in Abänderung beschlossen**

Ja 38 Nein 0 Enthaltung 0

### **23. Mündliche Anfragen**

Zu diesem Tagesordnungspunkt ergehen keine Wortmeldungen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Stadtverordnetenvorsteher Hollender die Sitzung mit Dankesworten an die Anwesenden.

\_\_\_\_\_  
gez. Hollender  
(Vorsitzender)

\_\_\_\_\_  
gez.: Cacalano  
(Schriftführerin)